

Informationen zur Novembersteuerschätzung 2008 und die Auswirkungen auf die Thüringer Kommunen

von Frank Kuschel

Thüringer Kommunen können mit Mehreinnahmen rechnen, wenn auch auf niedrigem Niveau. Dies ist das Ergebnis der Novembersteuerschätzung 2008. Demnach erhöhen sich die Steuereinnahmen der Thüringer Kommunen in diesem Jahr um 118 Millionen EUR im Vergleich zur Maisteuerschätzung auf 1.190 Millionen EUR. Dies sind 521 EUR pro Einwohner. Dies sind immer erst noch zwei Drittel der Steuerkraft der Kommunen in den alten Bundesländern.

Für 2009 werden kommunale Steuereinnahmen in Höhe von 1.165 Millionen EUR prognostiziert. Dies sind 25 Millionen EUR weniger als 2008, aber auch 48 Millionen EUR mehr als in der Maisteuerschätzung 2008 erwartet.

Wichtigste Steuerart für die Thüringer Kommunen ist die Gewerbesteuer, die rund 50 Prozent der Gesamtsteuereinnahmen ausmacht. Die positiven Entwicklungen bei der Gewerbesteuer werden auf die Neuregelungen bei dieser Steuererhebung, die seit 01.01.2008 gelten, zurückgeführt (Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen).

Die Steigerungen beim kommunalen Anteil der Einkommenssteuer werden auf die bessere Beschäftigungslage, die höheren Tarifabschlüsse und geringere Kindergeldzahlungen wegen niedriger Fallzahlen (Kindergeld wird aus dem Aufkommen der Einkommenssteuer gezahlt) zurückgeführt.

Auch bei der Grundsteuer B (für bebaute Grundstücke) können die Thüringer Kommunen mit höheren Einnahmen rechnen, weil die ursprünglich erwarteten Mindereinnahmen durch Erlassanträge wegen Wohnungsleerstand geringer ausfallen.

Die Thüringer Kommunen werden aber wenig von diesen zusätzlichen Steuereinnahmen haben. Die CDU hat im Thüringer Kommunalen Finanzausgleichgesetz (ThürFAG) festgeschrieben, dass alle Steuer Mehreinnahmen der Kommunen 2010 und den Folgejahre mit den Landeszuweisungen verrechnet werden. Anders formuliert: jeden EUR, den die Kommunen mehr einnehmen, entlastet den Landeshaushalt, weil in gleicher Höhe die Landeszuweisungen an die Kommunen sinken.

Diese Regelungen wurde und wird durch die Landtagsfraktion DIE LINKE heftig kritisiert. Die Kommunen brauchen Anreize für eigene Steuereinnahmen. Zumindest ein Teil der Steuer Mehreinnahmen muss den Kommunen verbleiben.

Ob die Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ tatsächlich Realität werden, muss mit Blick auf die Finanzkrise und die absehbare Wirtschaftskrise doch angezweifelt werden. Der Arbeitskreis „Steuerschätzung“ geht bei seinen Prognosen von einem Anstieg des nominalen Bruttoinlandsproduktes von 3,0 Prozent (2008) und 2,0 Prozent (2009) aus. Die bisherigen Entwicklungen für das laufende Jahr zeigen, dass mit einem geringeren Bruttoinlandsprodukt zu rechnen ist.

Erfurt, 14. November 2008